

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

88 (20.4.1910) 2. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jeberseit entgegengenommen.	Fernsprecher Nr. 535.	Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.	Fernsprecher Nr. 535.	Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pf., Restraum 60 Pf. Kolonialanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Erscheinungstage: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.	
Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.		Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meier; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.		Verantwortlich: Für Anzeigen und Restraum: Hermann Wagner in Karlsruhe.	

### Deutscher Reichstag.

67. Sitzung. Berlin, 19. April 1910.

Beginn der Sitzung 12 Uhr.  
Die erste Beratung des Entwurfes einer Reichsverfassungs-Ordnung wird fortgesetzt.  
Abg. von Camp (Rp.): Der Entwurf will verschiedene Arten von Versicherungsämtern schaffen, um die Gemeindebedürfnisse zu entlasten, Versicherungsämter, die sich an finanzielle und solche, die sich an Gemeindebedürfnisse angeschlossen sind, wie es das überhaupt bei diesen Entwürfen sein muß. Die Kommission wird das Ziel zu tun bekommen. Die Organisation der Kranken- und Unfallversicherung wird in der Hauptsache aufrecht erhalten, aber es werden auch da zu viele Zusätze gemacht. Mit der Dezentralisierung der Verwaltungsstellen sind wir in keiner Weise einverstanden. Das die Grundzüge für Verteilung der Lasten bei den Krankenkassen geändert, die Beitragspflicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern halbiert wird, das halten wir nicht nur für ratsam, sondern für dringend notwendig. Ob bei der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter die Kosten für die ärztliche Versorgung nicht zu groß werden, muß sorgfältig erwogen werden. Nichtsdesto weniger müssen Kassen geschaffen werden. In der Artfrage teile ich die Ansicht des Abg. Dr. Wagner, daß der Entwurf den Krieg mit den Kassen nur verzeichnen muß. Was das Verhältnis zu den Kassen betrifft, so muß die Badische im Gesetz festgelegt werden und nicht der Bestimmung der Verwaltungsbehörde überlassen werden. Zum Schluß betont Meier noch die Notwendigkeit einer Vereinfachung der geplanten Versicherungen.  
Direktor Caspar vom Reichsamt des Innern. Der Herr Staatssekretär bedauert, auch heute noch nicht hier sein zu können. Die Debatte hat doch in manchen Punkten eine erfreuliche Lebereinführung mit der Vorlage gegeben. Herr Spahn fragte an, wie es mit den Revisionsverfahren in Angelegenheiten stehe. Ich hoffe, daß der Entwurf im Herbst dem Kaiser vorgelegt werden kann. Herr Spahn hat ferner eine Mitwirkung der Reichsversicherungsanstalt ab 1. Januar 1910 gewünscht. Diese Mitwirkung würde die ganze finanzielle Grundfrage der Krankenversicherungsanstalt im Zusammenhang bringen. Für den Medizinischen Beirat muß die Regierung sich unter allen Umständen. Wie sehen einer eingehenden Prüfung des Entwurfes in der Kommission mit aller Ruhe entgegen in der Hoffnung, daß man sich da durch unsere Gründe überzeugen lassen wird.

Abg. Kuller (Bo.): Im Allgemeinen haben wir diesen Entwurf mit Befriedigung aufgenommen. Er enthält ja einige Fortschritte, aber diese wiegen die reaktionären Bestimmungen des Entwurfes nicht auf. Die Selbstverwaltung wird zu sehr beschränkt zu Gunsten bürokratischer Vorarbeiten. Der Einzelne der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung zu verpflichten ist selbstverständlich bei. Die Zahl der Krankenkassen sollte man herabsetzen. Der Gehalt der freien Ärzte soll nicht zu hoch sein. Es ist nicht unmöglich, daß wir uns dafür entscheiden werden.

Abg. Schrens (w. G.): Die Reform darf die Selbstverwaltung nicht antastet und nicht bürokratisch sein. Mit der Ausdehnung der Versicherung sind wir einverstanden. Die Zahl der Krankenkassen wird in der Versicherung tätigen Arbeiter. Zu wünschen ist eine größere Zentralisation der Krankenkassen. Ich selbst bin gegen eine Halbierung der Kostenbeiträge. Der größere Teil meiner politischen Freunde trägt aber Bedenken, die Halbierung abzulehnen wegen der politischen Missstände, die von den Sozialdemokraten mit den Kassen getrieben worden sind. Der Regelung der Vergütung, wie der Entwurf sie vorsieht, können wir nicht zustimmen, denn dies geht am letzten Ende auf eine gesetzliche Festlegung der freiwilligen Ärzte hinaus und das halten wir nicht für richtig.

Abg. Gräfe (Rp.): Wir sind mit der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt nicht einverstanden.  
Abg. Bode-Wienberg (Ztr.): Erst von der Umgestaltung der Versicherungsämter in der Kommission wird es abhängen, ob wir ihnen zustimmen.  
Abg. Bauli-Boisdam (Fon.): Die Halbierung der Beiträge zu den Krankenkassen erweist uns schwere Bedenken wegen der Kosten, die so den kleinen Handwerker auferlegt werden. Es ist fraglich, ob wir darüber hinweg kommen können. Das Schicksal des Gesetzes ist noch ganz ungewiß.

Abg. Dr. Kening (natl.): Apotheker, Zahnärzte und Ärzte werden von dem Gesetz nicht unerheblich in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Versicherer wird immer größer. Eine große Erregung ist da verständlich. Zu ihren Gunsten wird noch manche Bestimmung in der Kommission geändert werden müssen.  
Ministerialdirektor Caspar: Die Kassen dürfen den Forderungen der Ärzte nicht ohne weiteres ausgeliefert werden. Darum haben wir beide Systeme gleich berechnen einander gestellt.  
Weiterberatung Mittwoch 12 Uhr.  
Schluß nach 6 1/2 Uhr.

### Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.  
Zweite Kammer.  
65. öffentliche Sitzung.  
B.Z.K. Karlsruhe, 19. April 1910.  
Präsident Mohrburk eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Wöller, Ministerialdirektor Tröger, Ministerialrat Zimmermann u. a.

Die Denkschrift über die badische Selbstverwaltung wird der Justizkommission überwiesen.  
Ueber das Budget der Forst- und Domänenverwaltung

Verichterstatter Abg. Sängler (natl.) den Bericht der Budgetkommission. Er zollt zunächst dem vor einem Jahre aus der Verwaltung ausgeschiedenen Staatsrat Forst- und Domänenreferent Reinhard Worte der Anerkennung. Am höchsten sind die Reinerträge bei den Wiesen der Rheinebene.  
Der Reinertrag pro Hektar beträgt: 1. für die selbstbewirtschafteten Wiesen insgesamt 81,92 M., 2. für die selbstbewirtschafteten Wiesen, ausschließlich der Schwarzwald- und Strauwiesen, 88,90 M., 3. für die verpachteten Wiesen, ausschließlich der Schwarzwaldwiesen, 76,62 M., 4. für die verpachteten Grundstücke insgesamt 73,42 M., 5. für die verpachteten Parzellengüter 79,06 M. Die selbstbewirtschafteten Wiesen liefern also in jeder Beziehung die höchsten Reinerträge. Uebrigens ist man darauf bedacht, diejenigen selbstbewirtschafteten Wiesen, die keine günstigen Reinerträge abwerfen, wieder in Pacht zu geben, soweit dies nach den örtlichen Verhältnissen überhaupt ausführbar ist.

Mit den Verhältnissen der Brauerei Nothaus hat sich die Kommission eingehend beschäftigt. Die Brauerei hat von 1908 auf 1909 21 755 Hektoliter produziert und einen Einnahmeüberschuß von 88 801 Mark ergeben mit einer Verzinsung des Anlagekapitals von 2,11 Prozent. Die Kommission empfiehlt eine möglichst Ausnutzung der Brauerei. Es sollen namentlich auf den Bahnhöfen und auf den Bodeniedampfern neue Abgabeverhältnisse geschaffen werden. In den letzten Jahren hat man im Oberland über die Konkurrenz der Brauerei Nothaus geklagt, jetzt klagt man nicht mehr darüber, sondern über die Konkurrenz der Brauerei Fürtenberg, die auch Nothaus an verschiedenen Orten verdrängt. Wir müssen mehr Qualitätsbier erzeugen. Bei den Staatswaldungen, bemerkt Meier, müßte eine größere Nutzung eintreten und eine kürzere Nuttriebszeit eingeführt werden. Die Regierung gibt zwar an, daß sie sich auf die unsicheren Zahlen aus der Waldwirtschaft nicht stützen könne. Manche Gemeinden hätten einen Schulhausbau nicht vornehmen können, wenn nicht ein außerordentlicher Solgbeitrag ermöglicht worden wäre. Möge der Wald seine segensvolle Wirkung auf die Gesundheit und für unsere Finanzen behalten.

Die Kommission stellt den Antrag zu genehmigen:  
In Ausgabe: A. Ordentlicher Etat je für ein Jahr: 1. Zentralverwaltung 320 033 M., 2. Bezirksdomänenverwaltung 225 179 M., 3. Bezirksforstverwaltung 1 000 899 M., 4. Besonderer Verwaltungsaufwand: a) Persönlicher Aufwand 435 124 M., b) Sachlicher Aufwand 3 453 903 M., = 3 889 027 M., 5. Für den Grundstock 30 622 M., 6. Ausgaben und Lasten 1 889 953 M., B. Außerordentlicher Etat. Für den Grundstock 1910 und 1911 zusammen: § 1. Aufständigung des Schlosses in Bruchsal, dritte und letzte Rate, 43 600 M., § 2. Für Erhaltung der Mauern des Otto-Heinrich-Baus des Seidelberger Schlosses, erste Anforderung — M., § 3. Erstellung eines Doppelwohnhauses für Beamte in Weersburg 13 000 M., § 4. Neubau der Defonomiegebäude für drei Forstwärter und für die Wirtschaft zum Seebau bei Forstheim 32 500 M., zusammen für 2 Jahre 89 100 M.

In Einnahmen: A. Ordentlicher Etat je für ein Jahr: 1. Aus Viegenhöfen 11 507 438 M., 2. Aus Lehen und Berechtigungen 61 510 M., 3. Vom Grundstock 143 816 M., 6. Verschiedene Einnahmen 146 475 M., B. Außerordentlicher Etat: Für den Grundstock für 1910 und 1911 zusammen 89 100 M.  
Präsident Mohrburk: Die Seidelberger Schloßfrage und stärkere Nutzung des Waldes soll nach einem Beschluß des Seniorenkongresses bei der heutigen Beratung ausbleiben.  
Meier befragt die Petitionen des Kirchenvereins Schopheim um Verfertigung des ewigen Pfarrhauses in Schopheim und beantragt die Petition in dem Sinne der Regierung empfehlend zu überweisen, daß sie ersucht werden soll, wenn anderweitige Erparnisse es irgendwo ermöglichen, die Verfertigung des Pfarrhauses noch in der laufenden Budgetperiode vornehmen zu wollen.

Abg. Duffner (Ztr.): Der Verichterstatter hat dem früheren Forst- und Domänenreferent Reinhard hohe Anerkennung gezollt. Ich kann mich dem nur anschließen. Es scheint mir notwendig, daß der Aufwand bei den selbstbewirtschafteten Wiesen noch geprüft werde; denn 33 1/2 Prozent Aufwand scheint ihm etwas zu hoch; er könnte noch vermindert werden. Meier spricht sich gegen die Güterfiskalerei bei den großen Hofgütern auf dem Schwarzwald aus. Wo diese Gefahr besteht, halte er es für richtig, daß der Staat als Selbstkäufer auftritt. Er könne es nur anerkennen, daß die Regierung da, wo die Gemeinden erstlich als Käufer in Frage kamen, ihnen den Vortritt überließ. Es scheint mir angemessen, daß die Amortisationsfrist für die Gemeinden bei Anleihen

zu Waldankäufen etwas erweitert werde. Die Erhaltung unseres biederen Schwarzwaldvolkes ist im Interesse des Staatswohls gelegen. Meier tritt dafür ein, daß die Holzverkäufe auch in den amtlichen Verdingungsblättern angezeigt und dort auch die Holzpreise mitgeteilt werden. Wenn man das den Holzbauern gewähren wollte, wären sie unabhängiger von den Angeboten der Händler. Ein böses Geschenk hat die Regierung den Holzbauern mit der neuen Holzverdingungsordnung gemacht, worin einfach eine neue Klasse geschaffen wurde, was nur ein Geschenk für die Holzhändler bedeutet. Die Holzbauern sind dabei wieder unter den Schlitzen gekommen. Bei der großen Agitation der Holzpflanzhandlungen wäre es interessant, zu erfahren, welche Erfahrungen man mit den erdigen Pflanzen gemacht hat. Die Gefahr der Waldbrände ist sehr gestiegen durch die Erstellung der vielen Wege. Durch die Touristenwelt und ihre Unachtsamkeit ist die Gefahr erhöht, die Versicherungsmöglichkeit ist sehr erschwert. Es gibt Schadenfälle bis 10 000 M.; er bitte, daß man die Frage der Waldversicherung näher prüfe, ob nicht leichtere Versicherungsbedingungen zu erzielen seien; diese Frage möchte er der Regierung sehr ans Herz legen. Der Ausbau des Weges ist sehr rentabel, deshalb möchte er ihn dringend empfehlen. Auch in sozialer Hinsicht ist der Ausbau der Waldwege sehr empfehlenswert; er erinnere nur an die Holzbauer, die im Gebirge oft unter den schlechten Wegverhältnissen leiden. Meier verweist auf einen sehr interessanten Artikel der „Freib. Tageszt.“. Ueber die Röhre der Waldarbeiter habe er keine Klage gehört. Um Regiejagden im Sinne Preußens einzurichten, sind wir nicht groß genug. Die Regiejagd ist für uns nichts ganzes und nichts halbes und verleidet dem Förster die Arbeit. Wenn sie Einnahmen und Ausgaben im Regiejagd verglichen, finden sie große Ueberraschungen. Verschiedene Posten weisen ein Minus der Einnahmen auf gegenüber den Ausgaben. Das Reinerträgnis ist geradezu kläglich. Wir haben eine Differenz von 23 000 M., die sich gar nicht rechtfertigen läßt. Die Verfertigung der Domänenjagden empfiehlt sich aus finanziellen Gründen dringend, dabei sollen Ausländer nicht als Pächter zugelassen werden. Wir haben gar keinen Grund, eine besondere Loyalität gegenüber unseren Nachbarn im Westen und Süden walten zu lassen. In Frankreich und der Schweiz wird Deutsch überhaupt kein Jagdpach ausgeführt. In Oesterreich ist die Abgabe einer ärarischen Jagd an Ausländer verboten. Meier befragt, die Gebühren für Jagdpässe für Ausländer zu erhöhen. Es könnten auf diesem Wege 50 000 M. mehr erzielt werden. Ich bin der Ansicht, daß den Forstbeamten, die die Jagd selbst ausüben wollen, ein entsprechender Teil der Jagd zu billigen Bedingungen überlassen werde. Forstbeamter und Wald gehören zusammen. Der Oberförster soll nicht darauf angewiesen sein, sich die Jagd erkaufen zu müssen. Regiejagd halte ich nicht für notwendig und nicht für rentabel. Das ist nichts anderes als Geldverschwendung. Auch bei den der Forst- und Domänenverwaltung unterstehenden Fischwässer sollten dieselben Grundzüge gelten. Auf die wichtigste Frage, die stärkere Waldnutzung, kann ich nach dem Beschluß des Seniorenkongresses nicht eingehen. (Beifall.)

Abg. Schmid-Singen (natl.) bedauert, daß die ärarischen Güter nicht verpachtet, sondern 30 Jahre lang bei einer Familie bleiben. Es könnte mehr erzielt werden. Die Regierung sollte beim Verkauf von Grund und Boden an die Bauern nicht zurückhalten. Das Jagdrecht sollte den Oberförstern nicht gesamtlet werden. Die ausländischen Jäger von den Jagden auszuschließen möchte er nicht empfehlen, da sie die Preise für die Gemeindegagden sehr gesteigert haben. Würden sie aus den Staatsjagden entfernt, so käme man auch bald an die Gemeindegagden. Die Jäger gehören aber nicht zur notleidenden Bevölkerung. Ihnen braucht man deshalb kein Geschenk zu machen. Meier unterstützt die Ausführungen Duffners bezüglich Verfertigung der Regiejagden.

Abg. Maier (Soz.) tritt für Wünsche aus der Gemeinde Wilhelmsfeld ein, die dahin gehen, der weniger bemittelten Bevölkerung billiges Holz zu gewähren. Gegenüber den Ausführungen Duffners bemerkt Meier, daß er sich nicht ganz auf seinen Standpunkt stellen könne. Wenn man bei der Jagd höhere Beträge erzielen wolle, dürfe man die Ausländer nicht ausschließen. Die kath. Pfälzer Kirchenhoffne soll bei Holzverkäufen, wenn viele Käufer da sind, unter der Hand mit dem Anschlagpreis oft bis 30 Prozent hinaufgehen. Er möchte fragen, ob das beim Staat auch vorkomme. Was die Domänenverwaltung hat, soll sie behalten; nur da, wo einzelne Grundstücke ein Hindernis bilden für die Verfertigung von Privatgütern, sollte eine billige Ausnahme gemacht werden. Ich kann auch konstatieren, daß die Röhre der Waldarbeiter sich gehoben haben. Im Unterland, z. B. in Seidelberg, hat die Gemeinde mehrfach bessere Bedingungen eingeführt als der Staat. Deshalb ist mancher Arbeiter vom Staatswald zum Gemeinewald übergegangen. Er möchte die Regier-

ung fragen, wie sie sich zur Organisation der Waldarbeiter stellt. Man ist nicht klar geworden; die Leute haben erklärt, es werde von oben herunter nicht gewünscht. Es sollte dem Koalitionsrecht der Arbeiter nichts in den Weg gelegt werden.

Abg. Wiedemann (Ztr.): Duffner hat vorhin geklagt über die Publikation der Holzverfertigungen. Auch er könnte solche Klagen vorbringen. Er möchte bitten, paritätisch vorzugehen. Das liegt im Interesse des Domänenar. Meier begrüßt es sehr, daß für die Renovation des Bruchsaler Schlosses ein großer Betrag eingezahlt werde. Er möchte bitten, daß auch die alte Dragonerkaserne von Kunstverständiger Seite geprüft werde. Das Gebäude, das in der schlechtesten Verfassung sei unter allen Bruchsaler Gebäuden, soll später zu einem Gymnasium verwendet werden. Meier zollt dem Wirten Dr. Siebsch hohes Lob. Sein Kunsterk, über das er mit Duffner über die Bruchsaler Kunstwerke zusammengetragen, sollte durch eine billigere Ausgabe weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Meier bringt eine Reihe von Spezialwünschen bezüglich Verbesserungen in der Bruchsaler Schloßkirche vor, so stilgerechte Beichtstühle, Renovation der Loge, Treppenaufgänge, Erhaltung der Studiare, für die konfessionellen Beichtstühle sinnulante Gasbeleuchtung. Auch die Stiftskirche gehört dem Domänenar. Meier bringt die Wünsche der Pfarrgemeinde vor nach einer Verbesserung der Stadtkirche. Der Stadtrat hat die Wünsche der Pfarrgemeinde unterstützt und darauf hingewiesen, daß kein Gebäude in Bruchsal so vernachlässigt sei als diese Kirche, für welche der Staat hauptsächlich ist. Eine Renovation ist dringend nötig. Es wäre zu empfehlen, einen größeren Raum für die Orgel zu schaffen. Wenn man bedenkt, daß dem Staat vor 100 Jahren mehrere Millionen Gulden zugefallen sind, sollte man meinen, der Staat sollte diesen Wünschen nach Renovation der Schloßkirche und der Stiftskirche noch in dieser Budgetperiode Rechnung tragen.

Abg. Mümmel (Ztr.) tritt dafür ein, daß endlich die Kirche in St. Marien, dieses herrliche Kunstwerk, renoviert werde. Für die Wallfahrtskirche in Todmoos ist der Staat ebenfalls baupflichtig. Er möchte bitten, daß wenigstens ins nächste Budget ein Betrag eingestellt werde. Es ist eine Erweiterung der Kirche dringend notwendig. Die Regierung verhält sich leider ablehnend. Er möchte doch die Regierung dringend bitten, diesen berechtigten Wünschen der beiden Gemeinden entgegenzukommen.

Abg. Biegelmaier (Ztr.) bittet im Interesse der Jagdgemeinden um reichlichere Abgabe von Raubstren. Mit dem Modus der Abgabe ist man zufrieden; aber es wird zu wenig Streu abgegeben. Die Leute haben zum Kauf von Stroh kein Geld. Ebenso möchte er bitten, daß man ihnen wieder erlaube, das Gras zu holen in den Schlägen. Er möchte ferner bitten, daß bei den Verfertigungen von Nugholz auch der Abfall nicht verkauft werde. Ferner bittet Meier, daß die Gemeinde Sambdringen eine Unterfertigung erhalte für ihren Waldweg, oder daß die Regierung einen Teil des Weges in eigene Regie übernehme.

Abg. Dr. Frank (Soz.) hält es für einen Unfug, daß die Privatjagdpächter ihre Interessen hinter den patriotischen Versicherungen verdecken und die ausländischen Pächter fernhalten wollen. Man hat das Gefühl, daß bei den Verpachtungen zu sehr die Deffentlichkeit ausgeschloffen ist. Es ist unbegreiflich, daß sich gewisse Erbpächter herausbilden und Jagden das Doppelte ergeben als benachbarte Domänenjagden. Die Waidenauere Jagd war lange Zeit an die gelben Dragoner um 500 M. verpachtet. Bei freier Verpachtung wurden 1400 M. erzielt. Auch sollen solche Jagden an eine andere Waffengattung mit andersgefärbtem Rocktragen abgegeben werden sein. Er möchte anfragen, ob es richtig sei, daß gewisse Jagden trotz hoher Angebote nicht abgegeben wurden, weil der bisherige Pächter eine hohe dem Hofe nahelebende Persönlichkeit ist. In unserer schlechten Finanzlage hat das ganze Land ein Interesse daran, daß aus den Jagden mehr erzielt werden kann.

Abg. Kurz (Soz.) bedauert, daß im Söllinger Wald den Arbeitern vom Oberförster Abzüge gemacht wurden. Ebenso bringt Meier die Missigkeiten zwischen dem Gemeinderat Schillingen und dem Oberförster vor, die eine Schikane gegen die Gemeinde bedeuten. Ferner bemängelt Meier, daß die roten Dragoner bei Grasverfertigungen in Grödingen den Bauern das Gras verteuern. In Stein bei Bretten sei eine Jagd an den Oberförster vergeben um 30 M.; sie sei aber 150 M. wert. Diese Jagd sollte verpachtet werden. Meier bittet, keine Veränderung bezüglich der Ausländer eintreten zu lassen. Die Bevölkerung hat alle Ursache, für die Nothausbrauerei einzutreten. Das Bier sollte in allen Bahnhöfen eingeführt werden.

Abg. Dieterle (Ztr.): Duffner hat nicht gewollt, daß die Ausländer von den Gemeindegagden ausgeschloffen werden. In St. Marien ist die Renovation der Kirche bereits in Angriff genommen. Me-

ner befürwortet ebenfalls ein Eintreten des Staates, wo Güterfälscherei drohe. Der Staat soll den Gemeinden bei Käufen den Vortritt lassen und ihnen Gelegenheit zur Konsolidierung geben. In der Sachfrage bin ich anderer Ansicht als Schmid-Engen, der es nicht wünscht, daß Güter 20 und 30 Jahre bei derselben Familie bleiben. Bei längerer Nachzeit wird der Pächter die Güter verbessern. Bei kürzeren Fristen würde man dem System des Raubbaus Vorzug leisten und die Güter verschlechtern. Viele Leute haben nicht das nötige Geld, Güter zu erwerben. Diese haben nun einen Ersatz dafür, wenn sie lange Jahre auf einem Nachgut sitzen bleiben können. Es gehört auch zur Förderung des allgemeinen Wohlfühls, daß der bäuerlichen Bevölkerung die Möglichkeit einer Vergrößerung ihrer Güter gegeben wird. Auf die Bitte der Gemeinde Karlsruh, daß als Ersatz für die zum Kraftwerk Abenteuern abgegebenen Güter geboten werde aus Domänengütern, wolle er bei der Besprechung der Petition näher zurückkommen. Redner tritt in seinem und im Namen des Abg. Seibert für reichlicher Gewährung von Raubfren ein. Die Regierung möchte die Forstjäger anweisen, mehr Rücksicht walten zu lassen.

Abg. Dr. Seimbürger (Dem.) tritt für die Renovation der Kirche in Schutterlin ein, für die der Staat hauptsächlich ist. Wir stehen auf dem Standpunkt der Trennung von Kirche und Staat. Das hält uns aber nicht ab, den Staat an seine Verpflichtungen zu erinnern. Bei der Durchführung der Trennung müßten die Rechte und Pflichten natürlich abgelöst werden. Von der Kirche zur Jagd! Das ist heute ein weiter Weg, da die Forstjäger, die die Jagd ausüben, nicht mehr groß ist. Die Jagdjäger sind mit großen Verlusten verbunden. Es hat die Versteigerung gar keinen Wert, wenn nicht der Höchstbietende den Zuschlag erhält. Man hat auch allgemein bei der Beratung des Antrags Schmidt von den Gemeinden verlangt, daß sie die Jagd an den Höchsthoffenden abgeben müssen. Aus Jagdfreien ist mir gesagt worden, daß manchmal die Jagdjäger im forstwirtschaftlichen Interesse notwendig sei. Da sollte wenigstens das Abschlußrecht vergeben werden, das oft recht teuer von den Liebhabern bezahlt werde. Gegen die Ausländer ist kein anderer Grund angeführt worden, als daß sie eine unangenehme Konkurrenz für die einheimischen Jäger sind. Darüber sollte man froh sein, weil sie uns größere Beträge bringt. Die Sorge um die militärischen Interessen soll man der Militärbehörde überlassen. Auch aus unseren Jagden soll, soviel als ohne Verletzung berechtigter Interessen möglich ist, herausgezogen werden, was herausgezogen werden kann.

Abg. Wittmann (Str.) möchte die Aufmerksamkeit der Regierung hinlenken auf das Pfarrhaus in Bonndorf. Der Pfarrer hat sich um die Einführung des elektrischen Lichtes bemüht. Der Staat hat dies aber abgelehnt. Redner weist auf eine Entscheidung des Oberlandesgerichts hin, wonach die Ständeherrschaft, die sich seinerzeit Kirchengüter zuwenden ließ, verpflichtet sei, den Aufwand nicht nach dem Stand bei der Säkularisation, sondern nach dem Bedürfnis und Fortschritt der Zeit zu richten habe. Das gilt in dem vorliegenden Fall auch für den Staat. Man sollte dem Pfarrer nicht vorenthalten, was bereits fast in jeden Stall zu finden ist. Ich erinnere daran, daß das, was wir heute als Domänen bezeichnen, größtenteils aus dem Kirchengut stammt. In den Gebäuden für die Beamten der Güter aus St. Blasianer Herrschaft ist elektrisches Licht eingeführt. Was hier billig ist, ist auch recht für das Pfarrhaus aus der St. Blasianer Herrschaft. Er möchte wünschen, daß es endlich gelänge, bei der Verpachtung von Bahnhofsflächen das Bier der Brauerei Rothaus einzuführen. Er möchte auch anfragen, für den Erbauer des Rothaus, der krank und elend geworden, und dessen Hof jetzt abgebrochen wird, etwas zu tun. Er meine, das sei um so mehr angebracht, als wir einen großen Mehrbetrag für die Freiburger Universität ohne Bedenken geschuldet haben. Was die ausländischen Jäger betrifft, bin ich auch der Meinung, daß sie im Interesse der Staats- und Gemeindefinanzen zu begrüßen sind. Aber sie bringen auch eine andere Seite, das ist der große Wildschaden, über den die Landwirtschaft klagt. Erst dieser Tage sind mir diesbezügliche Klagen aus dem Metzgau zugekommen. Das Waldhüterpersonal hat heute nicht mehr vorwiegend die Aufgabe, den Wald zu hüten, sondern den Wald zu pflegen. Im Interesse des Waldschüterpersonals möchte ich fragen, ob die Regierung den Anträgen dieses Personals Rechnung getragen hat und was sie zu tun gedenkt. Redner mündet sich auch der Frage der Waldarbeiter zu. Im großen und ganzen sind sie zufrieden; auch Klagen sind nicht über ihr Leben, obwohl sie das founten. Es wäre wünschenswert, wenn die badische Regierung nach dem Vorgang der bayerischen Regierung eine Denkschrift über die Verhältnisse der Waldarbeiter herausgeben würde. Die verchiedenen Wünsche, die Maier für die Waldarbeiter vorbrachte, sind in Bayern bereits erfüllt. Es wäre auch bei uns eine Verbesserung der Verhältnisse möglich. Von außerordentlicher Bedeutung für die Waldarbeiter ist, wie in der „Freiburger Tagespost“ von sachmännlicher Seite ausgeführt wurde, der weitere Ausbau des Waldwegenetzes. Ich muß deshalb bedauern, daß für diesen Zweck in Budget weniger ausgeworfen ist als früher. (Weißal im Zentrum.)

Abg. Cünger (natl.): Da die Forst- und Domänenverwaltung als Lieferantin von Fischbrut in Betracht kommt, möchte er bitten, daß sie auch den Fischereiverbänden entgegenkommt. Die Altmasser am Rhein sollten nicht ganz von dem Strom durch die Rheinregulierung ausgeschlossen werden. In Bayern hat man 1 Meter weite Röhren gelegt zur Verbindung der Altmasser. Redner beschwert sich, daß im vorigen Jahr eine Anzahl älterer hochverdienter Forstbeamter ein Schreiben erhalten, binnen acht Tagen um die Zurücksetzung nachzusuchen. Das sollte künftig etwas rücksichtsvoller geschehen. Redner begrüßt, daß die Domänen mehr selbstbetriebswirtschaftlich werden verpackt. Bezüglich der Jagdjäger bedauere er, daß nicht seinem Vorgänger in der Vertretung ersatzlos angeschlossen zu können. Mit dieser Frage beschäftigt man sich auch in den anderen Staaten. Die Ansichten der Forstbeamten sind geteilt. Ja

habe aber auch schon mit Forstbeamten gesprochen, die keine Freude an der Jagdjagd haben. Abg. Schmidt-Karlsruhe (Str.) beklagt sich, daß der Gemeinde Söllingen nicht genügend Streu und Moos abgegeben werde. In Dettigheim hat man sich sehr beschwert über den Wildschaden. Es sind dort über 4000 Bäume beschädigt worden. In Dettigheim hat man den Wunsch geäußert, einen Stahlhieb vornehmen zu dürfen; derselbe ist aber verweigert worden. Redner stellt eine Anfrage in dieser Sache an die Regierung.

Abg. Duffner (Str.): Ich habe nicht vom Anschluß der Ausländer von den Gemeindegajden, sondern nur von den Jagdjagen gesprochen. Es ist mir aus Jagdfreien gesagt worden, daß die deutschen Jäger deshalb vielfach von den Verpachtungen fernbleiben; sie würden aber wieder mehr zu den Verpachtungen kommen, wenn die Ausländer wegblieben. Die Voraussetzung zu hohen Jagdpächten ist ein sehr hoher Wildstand und damit ein hoher Wildschaden. Müßten wir uns denn alles bieten lassen! In Frankreich und der Schweiz bekommen wir keinen Jagdfreien. In der Schweiz und in Frankreich ist die Jagd ruiniert, deshalb kommen Schweizer und Franzosen zu uns. Für die Forstbeamten habe ich nur eine lokale Veranschaulichung verlangt. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Oberförster auch einen entsprechenden Betrag erhalten sollten. Gegenüber Seimbürger muß ich betonen, daß ich schon vor 4 Jahren die Abgabe von Wild zum stückweisen Abschluß beklagt habe. Das würde einen großen Jagdaparat verlangen. Redner verlangt eine gerechte Wildschadensregulierung. Das Jagdgesetz soll nur angewendet werden.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Die Gerechtigkeit verlangt, zu konstatieren, daß nicht nur bei ausländischen Jagdpächtern Wildschaden vorkommt, sondern auch bei manchen altbadischen Geschlechtern. Er erinnere an die Geschlechter Bodman und Douglas. Es handelt sich nur darum, daß das Jagdgesetz nicht angewendet wird. Dann werden die fiskalischen Interessen gewahrt und die Interessen der Bauern. Die Interessen der Bauern werden vorgehoben, um den Reichen eine Liebesgabe zuzuschicken. (Luruf Duffner: Es gibt auch weniger bemittelte Jagdpächter!) Mit diesen habe ich kein Mitleid. Die Jagd ist ein Sport. Die Dienstfreudigkeit der Oberförster werde gebrochen durch die Jagdjäger; wie er höre, erhalten sie für die Ausübung der Jagd nach Ditteln. Das wäre nicht am Platz. Abg. Dr. Seimbürger (Dem.): Wir wünschen nicht der Ausländer wegen, sondern im Interesse der Finanzen des badischen Landes, daß die Ausländer nicht ausgeschlossen werden. Von einer Protektionierung der Ausländer kann keine Rede sein. Wir wollen nur das Geld nehmen, wo es zu finden ist. Hier wird abgebrochen.

Einem Gesuch des Amtsgerichts Baden-Baden, daß am 26. April der Abg. Vogel-Rastatt in einer Schöffengerichtsverhandlung als Zeuge vernommen wird, womit Vogel einverstanden ist, wird vom Saufe kein Widerspruch entgegengelegt. Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr vormittags. Fortsetzung. Schluß 1 Uhr.

### Kleine badische Chronik.

11 Mannheim, 19. April. Von einem Unbekannten wurde gestern mittag auf den um 1.24 Uhr in Ludwigshafen eintreffenden Personenzug 207 von der Station Mannheim ein Schuß abgegeben. Die Kugel drang durch die Scheibe des Abteils eines Wagens vierter Klasse. Durch die im Wagen herumschwebenden Splitter der Scheibe wurde ein Mann aus Weinstadt a. d. V. verletzt. Der Täter konnte noch nicht ausfindig gemacht werden.

12 Weinsheim, 19. April. Der Milchhändler Schumacher hat wegen unheilbarer Krankheit Selbsterlöb verübt.

13 Jöhlingen, 18. April. Der hiesige katholische Jugendverein hat am letzten Sonntag eine glänzende Probe seines Könnens abgelegt. Der Verein veranstaltete eine Theateraufführung, die sowohl bezüglich des Spielers als auch der Kostüme als vollkommene gelungen bezeichnet werden muß. Geleitet wurde „Garcia Morales Tod“ und ein Lustspiel. Die Bauern wurden jeweils durch Vieherausgeffüßt. Die anwesenden Angehörigen der Mitglieder hatten reichlich Gelegenheit sich zu überzeugen, daß sich ihre Söhne im katholischen Jugendverein nicht bloß in einer guten, sondern auch recht fröhlichen Gesellschaft befinden. Wegen der kurzen Stunden, die man im Vereine verleben konnte, zur Förderung des Vereins beitragen. Am kommenden Sonntag soll die Aufführung zu Gunsten der Vereinskasse wiederholt werden.

14 Wehl, 19. April. In Fesselhuth erklang sich der 63jährige Landwirt Johann Luz VII.

15 Madollzell, 19. April. Die hiesige Arbeitervereinsprache für den Bierkonzert aus. — Die gleiche Meldung kommt aus Bödenbach i. Schw.

16 Kus Baden, 19. April. Zu dem am 20. September ds. J. stattfindenden Feste der silbernen Hochzeit anlers Großherzogspaares wollen die badischen Jubiläumsspende in barem Gelde überreichen, über welche die hohen Jubilare zu Gunsten einer nützlichen oder gemeinnützigen Stiftung verfügen sollen.

### Lokales.

Karlsruhe, 20. April 1910. Aus dem Hofbericht. Der Großherzog hörte gestern vormittag die Vorträge des Legationsrats Dr. Eubel und des Geheimrats D. Gelbing und des Ministers Freiherrn von Marichall.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Lado.

Ein Besuch des Kaiserpaars in Karlsruhe. Am 23. d. M., nachmittags gegen 1 Uhr, werden der Kaiser und die Kaiserin zu einem kurzen Besuch die Gegend hier eintreffen und gegen 4 Uhr die Reite nach Sträßburg fortziehen.

Wachparade-Konzerte. Der Verkehrsverein hat mit Genehmigung Großh. Generalintendant der Großh. Zivilliste auf dem Schloßplage in der Nähe des Standortes der Militärkapellen bei den Wachparade-Konzerten eine Fülle von Vorschlägen der Musikprogramme für solche Konzerte anbringen lassen, was von der musizierenden Einwohnergesellschaft jedenfalls begrüßt werden wird.

**Karth** Beidigter kaufm. Sachverständiger und Bücher-Revisor beim Grossh. Bad. Oberlandesgericht und für das Landgerichtbezirk Karlsruhe. Karlsruh, Hindelstrasse 22. Telefon Nr. 1526.

### Hochbauarbeiten-Vergabung.

Für den Neubau des Aufnahmehauses in Karlsruhe haben wir gemäß Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 nachgenannte Arbeiten zu vergeben:

- I. Betonierungsarbeiten, darunter: Betonböden und Decken, ca. 7800 qm u. a.
- II. Zimmerarbeiten, darunter: Dachstuhl, ca. 490 cbm, Dachschalung, ca. 7400 qm u. a.
- III. Blechschraubenarbeiten, darunter: Kupferverbindungen, Einbände und Dachfenster, ca. 2150 qm, Abfallrohre aus Kupfer ca. 400 m u. a.
- IV. Eisenkonstruktionen für große Strassenfenster und Oberlichtanlagen, darunter: Eisenkonstruktionen, ca. 65000 kg, Spreßisen, ca. 800 qm, Verzinkung, ca. 1130 qm.
- V. Oberlichtanlagen in den Dachflächen, darunter: Eisenwerk, ca. 1400 kg, Verzinkung, ca. 520 qm, Blechschalung, ca. 520 qm.
- VI. Dachbedeckung: a) Schieferendeckung mit Dachpappunterlage, ca. 7300 qm, b) Pappeindeckung, ca. 2450 qm.
- VII. Abgabebauwerke. Die Vergabebauwerke sind in unserem Baubüro (Bauhütte beim Neubau) zur Einsicht aufgelegt. Angebots-Vordrucke können dieselben in den üblichen Geschäftsstunden gegen Erstattung der Selbstkosten erhoben werden und zwar für:

- I. Betonierungsarbeiten, 25 Pf.
- II. Zimmerarbeiten, 85 "
- III. Blechschraubenarbeiten, 45 "
- IV. Eisenkonstruktionen, 60 "
- V. Oberlichtanlagen, 35 "
- VI. Dachbedeckung, 45 "
- VII. Abgabebauwerke, 15 "

Nach auswärts werden diese bei Vereinfachung dieses Betrages (event. in Briefmarken), sowie 20 Pf. Fortgebühren zugesandt. Abgabe von Zeichnungen erfolgt nur für die Eisenkonstruktionen gegen eine Gebühr von 1,50 Mk. für das Blatt (auf 15 Blätter).

Angebote sind spätestens bis zum Eröffnungstermin, Dienstag, den 3. Mai 1910, und zwar für:

- I. Betonierungsarb. bis 9 Uhr vorm.
- II. Zimmerarbeiten " 10 "
- III. Blechschraubenarbeiten " 11 "
- IV. Eisenkonstrukt. " 3 nachm.
- V. Oberlichtanlagen " 4 "
- VI. und VII. Dachbedeckung und Abgabebauwerke bis 5 Uhr nachm., portofrei und mit der Aufschrift: „Neuebau Aufnahmehaus, Karlsruhe, ... arbeiten“ versehen, einzureichen. Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen. Karlsruhe, den 15. April 1910. Großh. Bauinspektion II.

### Katholischer Männerverein der Weststadt.

Am Sonntag, den 24. April findet im großen Konzertsaal des Restaurants Kuhler Krug von nachmittags 4 Uhr ab eine

### Familienunterhaltung

mit reichhaltigem Programm statt. Indem wir auf den von Herrn Landtagsabgeordneten und Pfarrer Höckel zugelegten Vortrag:

### „Was verdankt die Frau dem Christentum?“

besonders aufmerksam machen, deuten wir uns die verehrlichen Mitglieder mit Familienangehörigen hierzu ergebenst einzuladen. Der Vorstand.

Freitag, den 22. April, abends halb 9 Uhr,

findet im unteren Nowadsaale

### große Zentrumsversammlung

statt, veranstaltet vom hiesigen Windthorstbund.

Es sprechen:

1. Herr Landtagsabgeordneter Neuhaus über:

### „Die politische Lage in Baden“;

2. Herr Generalsekretär Dr. Scharnigel aus Köln über:

### „Die Bedeutung der Windthorstbunde für die Zentrumsparthei“.

Alle Anhänger und Freunde der Zentrumsache sind zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen.

Der Vorstand des

### Windthorstbundes Karlsruhe.

### Sanften, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezial-Marke

### Hummel-Rasiermesser.

In allen Breiten vorrätig! Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältig fachgemäss geschliffen mit Garantie zur guten Schnitt. Versand nach auswärts.

Karl Hummel, Werderstrasse 13.

### Messe-Wirtschaften.

Die Berechtigung zum Betriebe von zwei Wirtschaften in dem Schuppen auf dem hiesigen Messterrain während der Frühjahrs- und Späthjahrsmesse 1910 soll unter den hiesigen Wirten versteigert werden.

Steigerungslustige sind auf Montag, den 2. Mai d. J., morgens 9 Uhr, in den westlichen Garberobenan der Festhalle eingeladen.

Die Steigerungsbedingungen liegen im Rathaus (2. Stock, Zimmer Nr. 80) während der üblichen Geschäftsstunden bis 30. April d. J. zur Einsicht auf.

Karlsruhe, den 19. April 1910. Die Meßinspektion.

### Neue Mai-Literatur.

Sieben ist erschienen:

### Maria und das hl. Meßopfer.

Eine Maiandacht in 32 Betrachtungen.

Von Franz Proschwitzer, Bischof. Konfessionar und Dechant in Hofenelbe.

Mit Druckgenehmigung des f. b. Ordinariats Sedan und Approbation des bischöf. Konfessionarats zu Pönniggr. 12 (284 S.) — Preis brosch. M. 1.80, in Ganzleinen mit Rotschnitt M. 2.60.

### Die Chrentkrone

Charakterbilder aus dem Leben der Heiligen.

Zeitgemäße Maiandacht nebst Gebeten z. Maiandacht von W. Wächter, Kanonikus.

Mit oberhirtlicher Druckgenehmigung. 12 (330 S.) Preis brosch. M. 1.90, in Ganzleinen mit Rotschnitt M. 2.70.

Verlagsbuchhandlung „Sphira“, Graz und Wien, Verleger des hl. Apostolischen Stuhles.

### Kaufen Sie neue Wäsche?

Ehe Sie etwas ungewöhnliches kaufen, machen Sie doch mal eine Probe mit der wirklich praktischen, geestl. gesch., von vielen Ärzten empfohlenen

### Porösen Jungborn-Wäsche

Einzig sind deren Vorteile. Nichts anderes kenne ich, was ihr in hygienischer wie praktischer Hinsicht gleichläme.

— Damen- und Herren-Wäsche. — Stoffe auch meterweise. Fabrikpreise. Weiden Sie jedoch minderwertige Nachahmungen, die Originalware erhalten Sie nur im

Reformhaus zur Gesundheit, L. Neubert, Karlsruhe, Kaiserstraße 40. — Versand.

### Für die hochw. Herren Geistlichen!

### Kontrollbüchlein für die Christenlehrlustigen

(Zehn 25 Pf.) empfiehlt

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

### Bauarbeiten-Vergabung.

Für die Verlegung einer Koffizierkaserne in Weinsheim sollen zur Ausführung in Accord vergeben werden:

im Aufschlag zu

- Erdb- und Maurerarbeiten 7179.65
- Steinmauerarbeiten 383.84
- Zimmerarbeiten 5287.65
- Dachbedeckungen 444.88
- Verputzarbeiten 1009.06
- Schreinerarbeiten 1599.88
- Glasarbeiten 434.88
- Schlossarbeiten 336.00
- Blecharbeiten 611.20
- Wingabebauwerke 103.00
- Länderarbeiten 419.06

Nach Prozenten des Aufschlags auszubehaltende Angebote hierauf wollen verschlossen und mit Aufschrift „Angebot“ versehen spätestens bis Mittwoch, den 27. April 1. J., vormittags 10 Uhr, bei fasslichem Sitzungssaal Weinsheim portofrei eingereicht werden, wobei die Liebernahmebedingungen, Heberfallsanträge und Pläne zur Einsicht der Bewerber aufgelegt.

Seidelberg, den 16. April 1910.

Erzbischofliches Bauamt, Maier.

### Betonarbeiten-Vergabung.

Für die Verlegung des Personenbahnhofs Karlsruhe haben wir die Arbeiten zur Herstellung der Abdeckung eines eisernen Brücke mit beländig 1900 qm Beton und 400 qm Eisenbeton, einschließlich wasserdichter Abdeckung mit Zement- und Asphaltbelag, nach Maßgabe der Verordnungen des Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben.

Die Unterlagen können auf unserem Geschäftszimmer, Eitingergasse 30 II, eingesehen werden, wobei auch Pläne und Bedingungen gegen 3 Mk. Kosten ersah (für Porto 30 Pf. mehr) abgegeben werden.

Angebote müssen spätestens bis zum Eröffnungstermin, Samstag, den 7. Mai d. J., vormittags 9 Uhr, portofrei einreichen.

Zuschlagsfrist: 4 Wochen. Karlsruhe, den 15. April 1910.

Großh. Bauinspektion II.

### Mühlburger Creditbank

e. G. m. unbeschränkter Haftpflicht.

Die zur Abrechnung vorgelegten Mitgliedsbücher, sowie die zur Abschätzung kommenden Dividenden auf die vollen Geschäftsanteile können bei uns in Empfang genommen werden. Die fälligen Quartalsbeiträge sind nun zu entrichten. Karlsruhe-Mühlburg, 11. April 1910. Der Vorstand.